

Korrespondenzen.

R. Berlin. (Öffentliche Versammlung aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen und Messinglinter-Arbeiter am 30. April.) Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde des verstorbenen Gießers Julius Otto gedacht. Derselbe war bis zu seinem Tode Faktor in der Messinglinterfabrik in der Bertholdischen Schriftgießerei und ein altes treues Verbandsmitglied. Auf der Tagesordnung stand: Berichterstattung über die Tarifverhandlungen mit den Prinzipalen und weitere Beschlußfassung. Das Referat hatte Kollege Berkahn übernommen, welcher das nach fünfständigen Verhandlungen erzielte Resultat wenn auch nicht als ein für Alle befriedigendes bezeichnete, so doch für annehmbar hielt. Es war nicht anzunehmen, daß die Verhandlungen so große Schwierigkeiten zeitigen würden. Gleich bei Eintritt in die eigentliche Tarifberatung stellte sich heraus, daß bedeutende Abweichungen in den einzelnen Positionen der verschiedenen Gießereien vorhanden waren. Redner erläuterte sodann in umfassender Weise die tariflichen Positionen des neu geschaffenen Tarifs in allen seinen Einzelheiten und kam sodann auf das Minimum und die beantragte Arbeitszeitverkürzung zu sprechen. Die Prinzipale schlugen das Buchdruckerminimum (26,75 Mk.) für Ausgelernte 18,75 Mk. im ersten Jahre vor. Ferner die Festsetzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden ohne Lohnherabsetzung der Arbeiter und Arbeiterinnen. Darauf beantragten wir, das Minimum auf 27 Mk. auch für Ausgelernte festzusetzen. Da die Prinzipale in den letzten Bestimmungen mit gebundenem Mandate gekommen waren, mußten die Verhandlungen vertagt werden. Konstatiert wurde, daß man auf beiden Seiten bemüht war, die Sache nicht zu verschleppen. Am Donnerstag wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Gehilfenkommission war sich einig, so weit zu gehen, die Lohnherabsetzung gegen die halbständige Arbeitszeitverkürzung einzusehen. Die Prinzipale kamen mit einem neuen Ultimatum: der einstimmige Beschluß der Prinzipale lautete: Das Minimum auf 27 Mk. auch für Ausgelernte festzusetzen. Jedoch bestanden sie auf der neunständigen Arbeitszeit und Ablehnung der Lohnherabsetzung. Die Prinzipale waren sich einig, den Kampf wegen der Verkürzung der Arbeitszeit aufzunehmen, sie glaubten nicht, daß es möglich sein würde, sich mit uns in diesem Punkte zu einigen; da war es nun an uns, zu versuchen, unter allen Umständen etwas für uns herauszuschlagen und wir beantragten, innerhalb 2 Jahren die verkürzte Arbeitszeit einzuführen und die Lohnherabsetzung von jetzt ab eintreten zu lassen. Hier hatten sich jedoch die Prinzipale gebunden und verweigerten auf ihren einstimmig gefaßten Beschluß. Man versuchte nun, diesen Tarif auf 5 Jahre festzulegen ohne Verkürzung der Arbeitszeit. Wir erklärten, innerhalb 5 Jahren mit keiner Erhöhung des Tarifs zu kommen, wenn innerhalb 2 Jahren die Arbeitszeit verkürzt würde. Die Anträge wurden hierauf formuliert und lauteten auf eine Lohnaufbesserung der Lohnarbeiter und Arbeiterinnen, Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde in etwa 2 Jahren und innerhalb 5 Jahren keine Tarifrevision stattfinden zu lassen. Die Prinzipale waren sich bewußt, daß dies das letzte Ultimatum der Gehilfen war, sie traten zusammen, um zu beraten. Gegen 5 Uhr erfolgte der brüderliche Scheid; es hieß darin, daß die Prinzipalität unter keinen Umständen nachgeben könnte in der Frage der Arbeitszeit, daß der Tarif auf 5 Jahre festgelegt und die neunständige Arbeitszeit bestehen bleiben soll. Diese Antwort wurde noch an demselben Abend dem zusammenberufenen Zentral- und Gausvorstande sowie den Vertrauensmännern aus den Gießereien mitgeteilt, worauf man einstimmig der Meinung war, daß die fünfjährige Festlegung des Tarifs und damit auch der Arbeitszeit der Anlaß zum Ausstande sei. In einer nochmals mit der Prinzipalität gepflogenen Aussprache lehnten wir es ab, den Tarif wie die Arbeitszeit auf 5 Jahre festzulegen. Das Resultat der weiteren Verhandlung war, Arbeitszeit und Tarif auf 2 Jahre festzulegen. Jetzt hieß es, über dieses Hindernis hinwegzukommen; wir erklärten, daß wir zur Zeit, da die Prinzipalität in keiner Beziehung ein Entgegenkommen zeige, die Frage der Lohnarbeiter und Arbeiterinnen fallen zu lassen, die neunständige Arbeitszeit zu behalten, den Tarif anzuerkennen wie er ist, aber uns nicht, auch nicht auf 2 Jahre zu binden. Ein Binden gebe es nicht, die ganze Sache würde daran scheitern. Das letzte Resultat war, daß der Tarif so wie er ist angenommen wurde, ohne auf eine bestimmte Zeit festgelegt zu werden. Die Gehilfenvertreter waren sich bewußt, daß durch Verhandlungen nicht mehr zu erreichen war als erreicht worden ist, und hätten sie nicht nachgegeben, so würde es zu einem Kampfe bis aufs Aeußerste gekommen sein. Wenn hätten sie die halbständige Arbeitszeitverkürzung mitgebracht, es war unser lehnlicher Wunsch, aber die Prinzipale haben durchblicken lassen, daß sie uns in 2 Jahren das zugestehen werden, was wir heute verlangen, nur erlangen können durch die Arbeitsniederlegung. Mag die Versammlung sich mit dem Resultat einverstanden erklären; ehe der nächste Kongreß stattfindet, wird Berlin die achtinhalbständige Arbeitszeit haben. Lasse sich die Versammlung nicht vom Augenblicke hinreißen, sondern erwäge sie, daß der vorliegende Tarif ohne Kampf ein einheitlicher geworden ist, und setze diesen nicht aufs Spiel mit der sofortigen Durchführung der verkürzten Arbeitszeit. Das Personal der Metallmannchen

Öffizin wird sofort seinen Einzug in dieselbe halten, wenn die Versammlung mit den Abmachungen der Kommission einverstanden ist. Eine andre Norm für die Feststellung der schmalen Schriften ist noch nicht gefunden, es wird aber daran gearbeitet; so lange keine bessere gefunden ist, bleibt es beim alten. Der Messinglinter-Arbeiter wird erst später beraten werden, da sich die Prinzipale erst in das Material hineinarbeiten müssen, nachdem sie seit Östern ununterbrochen mit dem Schriftgießertarife beschäftigt waren. Nach Beendigung des Referates beabsichtigte der Vorsitzende, den neuen Tarif zur Verlesung zu bringen, da es notwendig sei, daß die Gehilfen denselben kennen lernen, ehe er von der Versammlung angenommen wird. Es lief jedoch ein Antrag ein, den Tarif so wie er aus der Beratung hervorgegangen, anzunehmen, ohne denselben zu verlesen, da die Gehilfenkommission das Vertrauen besäße, die Interessen der Kollegen wahrzunehmen zu haben, und so fort in die Diskussion über die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten. Nach Annahme dieses Antrages forderten verschiedene Redner, an der Verkürzung der Arbeitszeit festzuhalten und nicht so ohne weiteres darüber hinwegzugehen, da gerade die Verkürzung der Arbeitszeit die vornehmste Aufgabe der Arbeiterorganisationen und ohne dieselbe unsere Bewegung ohne Bedeutung für die allgemeine Arbeitersache sei. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei die erste Bedingung, deren Erfüllung von den Prinzipalen hätte gefordert werden müssen. Es wäre doch endlich an der Zeit, diese Forderung, die schon 1890 vergeblich gestellt worden, durchzudrücken. Die Organisation der Schriftgießer werde auch hier den Sieg davontragen. Es wurde hierauf erwidert, daß der Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit erst in letzter Stunde vor der Einreichung des Tarifs eingebracht worden sei und jetzt mache man eine Kardinalfrage daraus. Von Seiten der Kommission und des Vorstandes wurde nochmals empfohlen, sich mit der Aussicht der halbständigen Verkürzung in 2 Jahren zufriedenzugeben. Es darf nicht vergessen werden, daß die Zugeständnisse in den anderen Städten erst ganz kurze Zeit durchgedrückt sind, ihre Widerstandskraft wird um so stärker sein, je ruhiger hier in Berlin die Bewegung von statten geht. Wenn wir jetzt in den Ausstand treten, könnte es geschehen, daß in anderen Städten mancher Prinzipal sich versucht fühlen würde, den Gehilfen das eben zugestehene wieder zu entziehen und es ebenfalls auf einen Streik ankommen zu lassen. Hierdurch würde die Bewegung, die bisher überall einen glatten Verlauf genommen, gestört, wenn nicht in Frage gestellt werden. In verschiedenen Städten sind Organisationen jüngst neu gegründet worden, die durch eine ruhige Entwicklung erst gestärkt werden müssen. Da wir in Berlin das für jetzt ins Auge genommene Ziel, den einheitlichen Tarif, erreicht haben, möge man die weitere Forderung, die jetzt nur durch den Streik erreichbar ist, für die Zukunft aufbewahren, umso mehr, da Aussicht vorhanden ist, daß sie dann ohne Kampf eingestiftet werden wird. Gausvorsteher Massini empfahl ebenfalls in längerer Ausführungen der Versammlung, den neu geschaffenen Tarif anzunehmen. — Kollege Löhr hatte inzwischen folgende Resolution eingebracht: „Die Versammlung erklärt sich mit den festgelegten Tarifpositionen einverstanden, hält aber fest an der Forderung der effektiven achtinhalbständigen Arbeitszeit sowie an der Erhöhung des Minimums auf 27,50 Mk. und einer Aufbesserung der Löhne für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen um 10 Proz.“ Eine zweite Resolution Rühlmann-Berkahn lautete: „Die Versammlung erklärt sich zwar mit den Tarifvereinbarungen einverstanden, protestiert aber mit aller Entschiedenheit gegen das scharfe Verhalten der Berliner Schriftgießereibesitzer betreffs Verkürzung der Arbeitszeit und behält sich vor, dieselbe zu geeigneter Zeit auf neue zu verlangen und durchzuführen.“ Die Arbeiterinnen gaben die Erklärung ab, daß sie nicht 2 Jahre auf die Verkürzung der Arbeitszeit oder Lohnzulage warten wollen. Sie sehen, daß sie jetzt zurückgestellt werden; wenn es zum Streik gekommen wäre, hätten sie sich alle daran beteiligt, jetzt müsse man zum Austritt aus dem Verein auffordern. Von einem Messinglinter-Arbeiter wurde angeführt, daß die Schriftgießer immer mit ihrem Tarife glänzend durchkommen, die übrigen Vereinsmitglieder aber, die doch ihren Beitrag nicht umsonst zahlen, würden in den Hintergrund geschoben. Er sei dafür, in den Kampf einzutreten. Auf die letzteren Ausführungen bemerkte Kollege Berkahn, daß er wohl gewußt habe, daß ein Teil nicht zufrieden sein werde mit dem, was die Kommission bringe. Wenn hier aber von den Arbeiterinnen gerufen werde, auszutreten, so sei das ein Zeichen, daß sie noch lange nicht erkannt haben, was zu einer Organisation gehört. Hier müsse noch viel geschehen, damit die nötige Aufklärung vorhanden sei. Gerade in letzter Zeit hätten wir derartige Ausprüche zu ertragen gehabt. Heute Morgen hätten schon einige Arbeiterinnen die Erklärung abgegeben, daß sie gar nicht bereit wären, mit in die Bewegung einzutreten. Nachdem man also 5 Tage mit den Prinzipalen verhandelt hat, bestäme man derartige Erklärungen zu hören. Das sei ein schlechtes Zeichen von Solidaritätsgelübde, gleich bei der ersten Gelegenheit, wo der Vorteil ausbleibt, mit dem Austritte zu drohen. Die Kommission siehe auf dem Standpunkte, daß man zugreifen soll, wenn man etwas errungen hat. Wer jetzt dafür sei, in den Kampf einzutreten, setze die gewonnenen Positionen mit aufs Spiel. Die Abstimmung über beide Resolu-

tionen ergab eine knappe Mehrheit für die Resolution Rühlmann-Berkahn. Nach Bekanntgabe des Resultates der Abstimmung schloß der Vorsitzende die außerordentlich stark besuchte Versammlung, da eine Hälfte sich nicht bereit finden ließ, der Versammlung länger beizuwohnen.

r. Braunschweig, 5. Mai. Sonntag, 2. Mai, fand hier eine Bezirksversammlung statt, die namentlich von den jüngeren Kollegen recht gut besucht war, auch waren Wolfenbüttel, Helmstedt und Schöningen durch einige Mitglieder vertreten. Leider glaubt die Mehrzahl der älteren Kollegen sich der Verpflichtung entzogen, die Versammlungen zu besuchen, sie überläßt dies „Bergnügen“ gern den jüngeren — man hat es eben nicht mehr nötig. — Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende Mitteilung von dem Ableben des langjährigen und treuen Mitgliedes Otto Köhler und forderte die Anwesenden auf, zu Ehren des Verstorbenen sich von ihren Sigen zu erheben. — Unter Geschäftlichem verlas der Kassierer elf Aufnahmefeststellungen. Von diesen konnten nur fünf eine tarifliche Bezahlung nachweisen; die übrigen (fast sämtlich Neuausgelernte) werden unter Tarif entlohnt. Die Debatte hierüber war eine äußerst lebhaft. Es wurde schließlich ein Antrag angenommen, die Aufnahmefeststellung beim Gausvorstande zu befürworten, die Betreffenden aber zu verpflichten, binnen sechs Wochen tarifliche Arbeitsbedingungen nachzuweisen oder ihre Konditionen zu verlassen. Nach einigen weiteren geschäftlichen Mitteilungen verlas der Vorsitzende eine von ihm aufgenommene Statistik des Bezirks Braunschweig. Hiernach werden in Braunschweig in 23 Druckereien 350 Gehilfen (283 E., 67 Dr.) beschäftigt; zum neuen Tarif arbeiten 324 Gehilfen, 16 unter Tarif, 4 Druckereien mit 10 Gehilfen haben den Tarif nicht anerkannt. Lehrlinge werden 99 (83 E., 26 Dr.) gehalten. In Wolfenbüttel arbeiten 26 Gehilfen und 12 Lebrl., in Schöningen 11 Gehilfen, 5 Lehrlinge. In den übrigen Druckereien gaben die Zahlen ein trübes Bild. — Bei Punkt 3 der Tagesordnung, Beratung der Anträge zum Gautage, war es auch hier namentlich ein Antrag Hildesheim bezüglich der Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen, der eine etwas lebhaftere Debatte verurteilte. Wenn auch einige Kollegen die gute Absicht der Hildesheimer nicht verkannten und den Antrag unter gewissen Voraussetzungen unterstützten, so war doch die Mehrzahl der Redner der Ansicht, daß an eine Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen nur dann zu denken sei, wenn sich die Betreffenden den Beschlüssen der Generalversammlung fügen; einige Redner hielten eine Wiederaufnahme des Herrn Gaisch überhaupt für unmöglich. Die Abstimmung über den Antrag Hildesheim ergab Ablehnung desselben gegen einige Stimmen. Eine weitere Debatte veranlaßte der Antrag des Gausvorstandes, nach welchem der gesamte Gausvorstand an den Verhandlungen des Gautages teilnehmen kann; man hielt dies zwar für richtig, wünschte sogar, daß auch „gewöhnlichen“ Mitgliedern gestattet werden müßte, sich ausnahmsweise an der Debatte zu beteiligen, nur dürfe dies nicht auf Kosten der Gautage geschehen. — Bei Beratung des Antrages Hildesheim betreffs der Wahlen der Bezirksvorstände usw. hielt man allgemein auch den jetzigen Modus der Gausvorstandswahl für unpraktisch; die Provinzialkollegen könnten immer nur den zeitig antretenden Gausvorstand wählen, da ihnen andere geeignete Personen in Hannover unbekannt seien; man könnte dies ruhig den 500 Mitgliedern in Hannover überlassen. Durch die Erklärung des Vorsitzenden, daß ein diesbezüglicher Antrag erst zum nächsten Gautage gestellt werden könnte, wurde die Angelegenheit als erledigt betrachtet. Nachdem die Versammlung sich noch zu einigen unbedeutenden Anträgen zuführend geäußert, wurden als Kandidaten zum Gautage folgende Kollegen aufgestellt: Schwette, Asmus, Sieler, Gerhardt, Gerlach, Gordian, Reuter, Barlich, Gahn-Schöningen. — Unter „Verschiedenes“ wurde ein Antrag angenommen, nach welchem den Mitgliedern die Unterstützung entzogen werden kann, die ihre Verdittionslosigkeit nicht sofort beim Kassierer und dem Kommissar des Arbeitsnachweises anmelden. Hierauf Schluß der Versammlung.

Breslau. Das hiesige Gewerkschaftsstatell faßte nach eingehender Begründung durch unsern Kollegen Gekner nachstehende Resolution und war einstimmig: „Die heute, am 7. Mai, tagende Gewerkschaftsstatellversammlung verurteilt den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftsstatells, betreffend die Ausweitung der sogenannten tariftreuen Buchdrucker, welche in einer allgemeinen Buchdruckerversammlung mit 1000 Stimmen Mehrheit gewußt wurden; im fernern verurteilt sie die Anerkennung der von einer kleinen Anzahl (150) gewählten Delegierten, umso mehr, als dieselben (zum Teil. D. N.) zur Zeit keiner Organisation angehören. Die Organisation der Buchdrucker wird Gründe zu dem Ausschusse gehabt haben und ist das Breslauer Gewerkschaftsstatell der Ansicht, daß den örtlichen Kartellen eine ganz andre Aufgabe obliegt, als sich um interne Angelegenheiten der Zentralverbände zu kümmern. Aus diesem Grund erkennt das Breslauer Gewerkschaftsstatell die im Verbände der Deutschen Buchdrucker organisierten Mitglieder als vollkommen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend an, wie dies auch vom Vorwärts bestätigt wurde, und bebauert umso mehr die Unterstützung persönlicher Ehrgeizes einzelner Personen, die demselben zum Schaden ihrer Organisation fröhnen, wie dies durch das Statell in Leipzig geschehen ist.“

